

Correspondent

Erscheint
Dienstag, Donnerstag,
Sonnabend.
Jährlich 150 Nummern.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.
Preis
vierteljährlich 65 Pfennig.

40. Jahrg.

Leipzig, Dienstag den 13. Mai 1902.

№ 55.

Probleme der Organisation.

Gleich bunten Bildern wechselten in den vergangenen Wochen und Monaten die Themen im Corr. Wohl alles, was in irgend einer Beziehung zu der bevorstehenden Tagung unserer Generalversammlung steht, hat seine Erörterung gefunden. Und was ferner die vorliegenden Anträge anbelangt, so beweist deren Reichhaltigkeit nicht minder wie die Hochflut der Artikel im Corr. das Vorhandensein eines starken Fonds von Initiative unter unseren Kollegen. Dabei nehmen die inneren Angelegenheiten, und darunter wieder das Kassewesen, den beträchtlichsten Raum ein, während die höher hinausliegenden Gesichtspunkte unseres gewerkschaftlichen Programms mehr in den Hintergrund treten. Und dies aus guten Gründen. Denn im wesentlichen liegt die Tätigkeit für die Gestaltung unsers Arbeitsvertrages für eine bestimmte Zeit wieder hinter uns. Und daß auch dabei die Initiative der Kollegen in einer Fülle von Anträgen zum Ausdruck kam, ist noch in frischer Erinnerung. Im Verlaufe der Tagesordnung wird die Generalversammlung Veranlassung finden, Angelegenheiten, die größere Gesichtspunkte in sich fassen, in den Kreis ihrer Erörterungen zu ziehen; auch der weitere Ausbau der Tariffache wird nicht unbesprochen bleiben. Einen großen Teil der Arbeit wird die Generalversammlung aber auch den häuslichen Verhältnissen, dem inneren Ausbau der Organisation, widmen müssen, eine nützliche Tätigkeit, die in ausgiebiger Weise nicht möglich wäre, wenn nicht die durch die Tariffache gesteuerte herbeigeführte Stetigkeit der Lage gewährleistet sein würde.

Für die innere Struktur unsers Verbandes nicht ohne Bedeutung ist die Frage der Spezialvereinigungen, die so viel Staub aufgewirbelt hat, daß dieser selbst durch die Ströme der darüber vergossenen Tinte noch nicht hat gebämpft werden können.

Wer die Angelegenheit mit einiger Objektivität betrachtet, wird den Vereinigungen der speziellen Berufsgruppen die Existenzberechtigung nicht verargen, ja wird sogar einen gewissen Nutzen für unsere Bestrebungen wie für unsere Organisationsanstaltungen aus ihnen sich entwickeln sehen, und zwar in einer Hinsicht, auf die in dem verflochtenen Teile der Diskussion noch nicht das nötige Gewicht gelegt worden ist. Vorausschicken will ich meinen Betrachtungen über diese Frage die Bemerkung, daß ich die besonderen Kasseneinrichtungen der Gruppenvereinigungen für entbehrlich halte, ja daß sie in vielen Beziehungen das Kassensystem des Verbandes recht unangenehm alterieren können. Auch die eignen Vergnügungen und geselligen Veranstaltungen greifen in diejenigen der Verbandsmitgliedschaften oft störend ein. Aber irgend ein Band, irgend ein annehmliches Mittel braucht jede Vereinigung, die zu ernstlichen Zwecken ihre Mitglieder zusammenhalten möchte. Und erste Zwecke vermögen die Spezialvereinigungen, insbesondere die hier im Vordergrund stehenden Drucker- und Maschinenmeistervereine, denen auch im besondern meine Ausführungen gelten, wohl zu erfüllen. Erstens ist ihre agitatorische Wirksamkeit, wenn sie auch nicht allzu hoch eingeschätzt werden darf, nicht ganz zu verachten; und was zweitens ihren erzieherischen Zweck in Bezug auf technische Fortbildung betrifft, so sind diese nicht allein für die Mitglieder der Spezialvereinigungen selbst, sondern auch für die allgemeine Organisation von Bedeutung; denn der wirtschaftliche Einfluß einer Arbeiterkategorie wird um so kräftiger gestaltet werden können, je höher ihr technisches Können steht. Zu den erzieherischen Aufgaben der Maschinenmeistervereine ist auch zu rechnen die Heranbildung ihrer Mitglieder zur tätigen Teilnahme an den Arbeiten des Verbandes. Die Klagen der Drucker über angebliche Zurücksetzung haben ihren Anlaß wohl in dem Umfange, daß die Mehrzahl der wichtigeren Ämtern in den Verwaltungs- und Vertretungskörpern des Verbandes von Segebern eingenommen wird, während die Drucker im Verhältnis nur schwach vertreten sind. Man kann aber beim besten Willen nicht sagen, daß etwas andres als die wenig intensive Beteiligung der Drucker am öffentlichen Verbandsleben die Schuld daran trägt. Die Gründe für diese letztere Tatsache liegen auf der Hand: die Berufstätigkeit des Segebers erleichtert die Aneignung einer größern „Routine“, was die geistige Bewältigung von Streitfragen und die Erörterung öffentlicher — hier natürlich beruf-

licher — Angelegenheiten anbelangt. Der Drucker aber, den seine Berufsarbeit nach einer andern Richtung lenkt, wird, auch wenn er die gleiche Urteilskraft, die gleiche Anlage besitzt wie sein „Segeerkollege“, sich seiner nicht immer abgerundeten Ausdrucksweise wegen scheuen, in Versammlungen der allgemeinen Kollegenchaft das Wort zu ergreifen, er blüht — ohne Ironie gesagt — wie ein Weizen im Verborgenem; aber ein Licht hat keine Aussicht, seinem Berufe dienen zu können, so lange es unter dem Scheffel steht. Und wenn ich auch nicht meine, daß jeder Kollege, der öffentlich austritt, ein Licht sei — man hat z. B. auch unter den Segebern Beweise des Gegenteils —, so steht doch das eine fest, daß manche Kraft auch unter den Druckern vorhanden ist, die im Verbandsleben nicht zur verdienten Geltung kommt, weil ihr Träger sich scheut, sie zu betätigen. Solche Kräfte zu wecken, dürften die Maschinenmeistervereine die geeigneten Stätten sein. Dort sind die Drucker unter sich und reden — oder können wenigstens reden — über ihre Angelegenheiten nach ihrer Weise, ohne Grund zu haben, sich vor dem Sarkasmus ihrer „Segeerkollegen“ zu fürchten. Mancher lernt dort zunächst einmal, das, was er vorläufig nur mehr fühlt, in Gedanken und die Gedanken in Worte zu prägen, und durch den Austausch mit anderen erwirbt er sich die Gabe systematisch zu denken und des logischen Ausdrucks.

Die so gebildete und entwickelte Kraft wird dann natürlich aus dem kleinen Rahmen heraustreten und sich gewöhnen, auch in den Angelegenheiten der allgemeinen Organisation sein Scharfsein mit beizutragen. Nun darf man aber bekanntlich nur ein mal so fürwichtig sein, einen einermassen gestellten Gedanken öffentlich zu produzieren, und man hat gar bald die Ehre und die Würde eines Amtes auf sich ruhen. Die Maschinenmeistervereine können sehr wohl aus sich Kräfte erzeugen, die ihre speziellen Kollegen in den Ämtern des Verbandes vertreten, wenn sie mit Ernst ihrer Aufgaben warten und nicht in Neben dingen ihre Zeit und Kraft vertribeln.

Damit würden sich gleichzeitig die hier und da geäußerten Wünsche nach besonderer und ausdrücklicher Berücksichtigung bestimmter Berufsgruppen — im gegenwärtigen Falle natürlich der Drucker — bei der Zusammensetzung der wichtigeren Vertretungskörper innerhalb des Verbandes erledigen. Auf anderen Wegen kommt man, wie oben gezeigt, zu demselben Ziele. Ein Bedürfnis nach einer besondern Berücksichtigung der Drucker innerhalb der Organisation festzustellen, dürfte schwer, wenn nicht unmöglich, und auch unnötig sein. Denn was die Anforderungen an die Organisation der gesamten Berufschaft anlangt, so sind besondere Bedürfnisse z. B. der Drucker, Maschinenjäger usw. nicht zu erkennen; die Bedürfnisse der Gesamtkollegenchaft sind in dieser Hinsicht identisch.

Sollte aber je im Wesen unserer Organisation sich das Bedürfnis nach Schaffung bestimmter Berufskategorien herausbilden — man soll nicht bestreiten, daß das, was man heute für unmöglich hält, im Laufe der Entwicklung schließlich doch sich einstellen kann —, so würden die jetzt nur lose mit dem Verbands zusammenhängenden Spezialvereinigungen immerhin eine beachtenswerte Grundlage abgeben. Es kann nur von Vorteil sein, wenn Institutionen, deren Werden nicht aufgehalten werden kann, sich zunächst in unabhängiger, für den Verband nicht verbindlicher Weise entwickeln. Man kann sie unangefochten bestehen lassen und braucht ihnen lediglich die Richtung zu weisen. Bewähren sie sich in der Praxis, zeigen sie damit, daß sie einem tatsächlichen Bedürfnisse entspringen sind, dann kann man sie zu feststehenden, verbindlichen Einrichtungen gestalten und sich der im Vorstadium gemachten Erfahrungen bedienen. — Bewähren sie sich nicht, so kann man sie verschwinden lassen, ohne das Verbandsleben irgend wesentlich in Mitleidenchaft zu ziehen.

Was ich aber hier nur in hypothetischer Form ausspreche, was für die Gegenwart überflüssig erscheint und nur die Annahme einer sehr entfernten Möglichkeit darstellt, das tritt uns heute schon in sehr greifbarer Form auf einem bestimmten Gebiete entgegen: auf dem Tariffgebiete. Hier können die Spezialvereinigungen einen Beruf finden und erfüllen durch sachverständige Mitarbeiter bei der Festsetzung gewisser Teile des tariflichen Gezeßes.

Je mehr sich unser Tarifwesen ausbaut und vervollkommnet, je mehr aus dem Tarife ein Beruf wird, das mehr und mehr die Merkmale des Primitiven abstreift und die diffizileren Fragen des Gewerbes in seinen Wirkungskreis aufnimmt, um so notwendiger wird ein tieferes Eindringen in die Fächer und Fächchen unsers Berufes, deren ja mit der fortschreitenden Technik nicht etwa weniger, sondern mehr werden. Und hier dürfte das Einsehen der Spezialvereine mit ihrer Tätigkeit von höchstem Segen sein. Der Dresdener Maschinenmeisterverein sagte in einem Rundschreiben, welches er zur Einleitung der Antragstellung für die jüngste Tarifrevision erließ, folgendes: „Während die allgemeine Organisation der Kollegen, der Verband, die Aufgabe hat, die gesamte Gewerkschaft für die Tarifverhandlungen zu einem vollwertigen Kontrahenten gegenüber dem andern vertragschließenden Teile — der Prinzipalität — zusammenzufassen, sollen unsere speziellen Berufsvereinigungen, die Maschinenmeistervereine, nach dem Vorbilde der Maschinenjäger die Wünsche und Forderungen der Druckerkollegen zum Ausdruck bringen und für deren Begründung durch genaues statistisches Material Sorge tragen.“ Als Grundlage gedacht für die Tätigkeit der Spezialvereine wird man diesem Satze vollumfänglich zustimmen müssen. Denn zu einer genauen Würdigung der Einzelheiten in den Spezialfächern des Gewerbes mit den daraus hervorgehenden Bedürfnissen kann eben nur der in dem Einzelsache selbst Tätige gelangen.

Wie schon in dem angezogenen Satze ausgedrückt, kann die bezeichnende Wirksamkeit nur als solche in dem allgemeinen Rahmen und auch nur als vorbereitende Arbeit für die beschließenden Instanzen gedacht sein. Sie wird sich, zunächst wenigstens, auch rein auf das tarifliche Gebiet zu beschränken haben.

Alles in allem: Die Frage der Spezialvereinigungen ist akut; sie will erwogen sein, und zwar nicht bloß nach einer Seite. Meine Ausführungen sind nur der Versuch einer objektiven Würdigung einiger Seiten dieser Frage. Denn allein durch objektive Behandlung derselben gelangt man zu einem richtigen Verständnis. Man darf berechtigten und sachlich vorgetragenen Wünschen nicht im Tone der Gardinenpredigten — die, soviel mir erzählt worden ist, reicher sind an Worten wie an Gründen — niederdonnern wollen, wie es zu meinem Erstaunen in Dresden seitens eines Versammlungsredners geschah, als die vom Maschinenmeistervereine bearbeiteten Anträge zur Tarifrevision in einer dortigen Versammlung der Verbandsmitglieder zur Verhandlung standen.

Die Maschinenmeistervereine sollen, wie die anderen Arten der Spezialvereinigungen, Vereine mit ersten Aufgaben sein, die sich denen des Verbandes unterordnen. Und wenn man sie in diesem Rahmen hält und ihnen mit der gehörigen Objektivität begegnet, dann werden auch sie uns fördern in der Erreichung der vorgelegten Ziele. Dresden. D. Hstlg.

Ein hygienisches Kapitel.

Mit Tausenden von Kollegen empfinden auch wir eine hehre Freude darüber, daß Dank des Eingetretens der Regierung eine bedeutend größere Reinlichkeit in den Arbeitsstätten der Druckereien zu konstatieren ist als früher, wo es in den meisten Segebern- und Maschinenjägerbezügen der Reinlichkeit, wenn von solcher überhaupt die Rede sein konnte, gar jämmerlich ausah. Es fällt uns selbstverständlich gar nicht ein, behaupten zu wollen, daß an dieser Misere, welche auf das körperliche und geistige Wohlbefinden der Kollegenchaft einen entschieden nachteiligen Einfluß ausüben mußte, die Geschäftsinhaber durchweg allein schuld waren; o nein, auch viele Kollegen, welche für alles andre, nur nicht für Reinlichkeit und Ordnung Sinn haben, trugen und tragen zu derselben, wo sie noch nicht ganz beseitigt ist, nicht unwesentlich auf die eine oder andre Weise bei.

Wollte nun etwa dieser oder jener Kollege die Behauptung aufstellen wollen, daß hinsichtlich der Reinlichkeit usw. in den Geschäftsräumen jetzt alles comme il faut sei, so würde er sich doch gewaltig irren. Mögen z. B. die Fußböden in den Segebernbezügen des Geschäfts noch so peinlich sauber gehalten werden — es läßt sich absolut nicht vermeiden, daß die einzelnen Kollegen und die Lehr-

linge von der Strafe her wenigstens etwas Schmutz mit in die Seheret bringen und hier ablagern.

Da sind es dann die sog. Schluffen (die immer mehr in Mode zu kommen scheinen), mit welchen man, weil sie nicht fest um die Füße schließen, über den Fußboden schleift, wodurch bei jedem Schritte der Staub in die Höhe gewirbelt wird. Man kann sich hiervon leicht überzeugen, wenn man einem Kollegen, welcher solche Schluffen trägt, beim Gehen durch die Seheret nachschaut, d. h. wenn der Sonnenschein den Staub erkennen läßt. Ganz anders ist es — und auch hier ist eine Ueberzeugung leicht möglich — bei denjenigen unter ganz denselben Verhältnissen, welche Pantoffeln oder sonstiges, die Füße ganz umschließendes Schuhwerk, z. B. leichte weiche Leder-, Segeltuch- oder Gummischuhe, tragen. Da spürt man von Staubaufwirbeln nichts oder aber doch nur in einem geringen Maße.

Oern möchten wir nun jeden einzelnen Kollegen für so vernünftig halten, solche Zustände, wie geschildert, als dem Allgemeinwohl der Kollegenschaft hinderlich selbst einzusehen; allein die Tatsachen lassen eine solche Annahme nicht zu und daher geben wir dem Wunsche Ausdruck, daß überall da, wo nicht freiwillig Remedy geschaffen wird, seitens der Geschäftsleitungen die erforderlichen Maßregeln getroffen werden möchten, d. h. das Tragen von Schluffen verboten wird. Hoffentlich aber läßt man es dazu nicht kommen. Warum auch? Etwas aus Sparsamkeitsrücksichten? Nun ja, wer wollte solche Rücksichten nicht achten; aber bei der Fußbekleidung solche Rücksichten obwalten zu lassen, ist wahrlich eine verkehrte. Lebensfalls unterlasse man aber, so lange man solchen Kleinlichkeiten, überhaupt jeden Grundes entbehrenden Rücksichten nachgeht, die so oft wiederkehrenden Lamentationen über die schlechten gesundheitlichen Verhältnisse in den Sehereten. Wer von anderen Leuten Reinlichkeit und Ordnung verlangt, muß selbst diese zur Gesundheit wesentlich beitragenden Eigenschaften besitzen und sie überall betätigen, also auch im Geschäft.

E.—1.

R.—s.

Korrespondenzen.

Bezirk Nagen. Die zweite diesjährige Bezirksversammlung des Bezirkes Nagen fand am 27. April in Jülich statt. Anwesend waren aus Nagen 46, Düren 16, Schweiler 3 und Jülich 8 Kollegen. Der Bezirksvorsitzende Andreas Wilms eröffnete die Versammlung und teilte zuerst die Bewegungskartikell im verflochtenen Vierteljahr mit. Das Andenken des an der Berufskrankheit verstorbenen Kollegen Hammer's-Nagen ehrten die Anwesenden durch Erheben von ihren Sigen Einige Zirkulare des Gauvorstandes sowie der Jahresberichte des Gaues Rheinland-Westfalen lagen zur Besprechung vor. Der Vorsitzende konstatierte an der Hand der Statistik, die dem Berichte angehängt ist, daß im Bezirke Nagen noch vieles der Besserung bedürfe und gab daran anschließend einen genaueren Situationsbericht über die tarifliche Lage in Nagen. Verändert habe sich im abgelaufenen Vierteljahr nichts. Den Tarif haben allein anerkannt die Firmen Der Volkshaus und Jos. Detterre. Die anderen Prinzipale seien nach wie vor Tarifignoranten. Die Kreis-Amts-Sitzung in Düsseldorf und in weiterer Folge die Tarif-Ausschuß-Sitzung in Berlin, ferner das bekannte Oberfelder Flugblatt freisend, bemerkte der Redner, daß von maßgebender Seite die Verhandlungsmitglieder des Kreises II unverantwortlicher Weise zurückgesetzt würden. Der Antrag Bochum zur Generalversammlung habe seine Berechtigung. Er verurteilte auch auf das Entschiedenste die Schreibweise des Corr.-Redakteurs in Sachen des Tarifstreites im Kreise II. Die Unfertigkeit der Oberfelder Kollegen, die nur zur Selbsthilfe griffen da ihre Verträge im Corr. keine Aufnahme fanden, sei nicht zu rechtfertigen. Kollege Neuhäuser möchte sich mehr einer objektiven Schreibweise befleißigen. Diese Ausführungen fanden den lebhaftesten Beifall der Versammlung. In der folgenden Debatte erklärte Kollege Koch ungefähr folgendes: Kein Kollege kann sich einverstanden erklären, wenigstens keiner der hier im Gau konditioniert, mit den Ausnahmebestimmungen, wie sie für den Kreis II festgesetzt wurden. Man könne aber auch nicht die Haltung des Kollegen Neuhäuser verurteilen. Die Schuld läge einzig daran, daß in der Tarif-Ausschuß-Sitzung in Berlin von Kollegen Nave erklärt wurde, im Kreise II sei eine Einigung in den wesentlichsten Punkten zu stande gekommen. Kollege Neuhäuser konnte danach nicht anders handeln und jeder andere Kollege hätte im Interesse des Verbandes ebenso gehandelt. Vom Kollegen Bohle-Düren wurde ebenfalls diese Ansicht vertreten. Der Vorsitzende bemerkte noch, daß die gepflogene Debatte durchaus kein Mißtrauen gegen unsern Redakteur ausbreiten solle. Kollege Magier, als Vorsitzender des Ortsvereins Düren, erklärte, daß er der Versammlung eine erfreuliche Mitteilung machen könne: Die Druckerei Hamel in Düren habe den Tarif schriftlich anerkannt und sei damit ein bedeutender Fortschritt gethan. Die Sperre, die über die Druckerei verhängt war, ist aufgehoben. Herr Hamel hat jetzt ebensoviele Interesse für den Tarif wie er früher dagegen war und hat er sich in dankenswerter Weise mit verschiedenen anderen Prinzipalen persönlich in Verbindung gesetzt, so daß jetzt Düren in tariflicher Beziehung günstigen Erfolgen entgegensteht. Kollege Gangen erstattete sodann den Kasfenbericht pro I. Quartal und drückte die Versammlung ihren Dank

für die musterghültige Instandhaltung der Kasse durch Erheben von den Sigen aus. Hierauf wurde ein Antrag angenommen, wonach die Durchberatung der Anträge zum Gautage und zur Generalversammlung einer Ungeordneten Versammlung überlassen bleiben soll. Einmütig wurde ebenfalls dem Antrage zugestimmt, daß vom Bezirke Nagen die Kollegen Wilms-Nagen und Magier-Düren als Kandidaten zur Generalversammlung aufgestellt werden. Unter Vorsitz wurden einige interne Sachen verhandelt. Als Ort der nächsten Bezirksversammlung wurde Düren gewählt. Mit einem kräftigen Appell an die Mitglieder, in dem noch so viel Arbeit erfordernden Bezirke Nagen stets voll und ganz ihre Pflicht zu tun, schloß der Vorsitzende um 6 Uhr abends mit einem dreifachen Hoch auf den Verband die Versammlung. Ein gemüthliches Beisammensein fügte die Zeit, die noch bis zur Abfahrt des Zuges blieb, der die Kollegen wieder ihren heimischen Benaten zuführte.

Berlin. Die Vereinsversammlung vom 23. April war der Diskussion der gesamten Anträge zur Generalversammlung gewidmet. Kollege Massini wies einleitend darauf hin, daß es sich im wesentlichen um drei prinzipielle Fragen handele, welche den Antrag auf Aufhebung der Gemahregelten-Unterstützung, die Schaffung der Witwenkasse und die Verlegung des Corr. betreffen. Was die Aufhebung des § 2 anbelangt, welche vom Zentralvorstande gestellt ist, so müßten wir uns dagegen wenden und zwar aus Gründen, die bei der bereits in Mainz erfolgten Ablehnung maßgebend waren. Dieser Paragraph, der in materieller Beziehung so wenig Bedeutung für uns hat, habe diese aber als Instrument zur Durchführung des Tarifes und zur Geltendmachung unserer Organisation im wirtschaftlichen Leben. Es wäre also zu wünschen, daß dieser Antrag sowie alle diejenigen, welche die Abänderung des Statuts beantragen, wo man die Tätigkeit der Gauvorsteher beengen will und dergleichen mehr, der Ablehnung anheim fallen. Das Gleiche sei auch zu erhoffen bei dem Verlangen, die Gauzuschnappen aufzuheben. Diese seien der richtigen Erkenntnis eines sozialen Bedürfnisses zu verbanen, genau wie man im Tarife den Ausgleich her an der niedrigsten Grenze festgesetzten allgemeinen Lohnsätze mit den örtlichen Verhältnissen durch Schaffung der Lohnszuschläge vorgenommen hat. Würden dieselben aufgehoben, so müßte einmal ein unerbittlich höherer Verbandsbeitrag erhoben werden, um auch den Großstadtverhältnissen gerecht zu werden, und zweitens würden diese dadurch einen Zugang zu verzeichnen haben, der zu Zuständen führen muß, welche zehnmal schlimmer sein würden wie die jetzigen Verhältnisse. — Auch gegen die beantragte Unterstützung bei militärischen Dienstleistungen müßten wir uns wenden, da hier keinerlei Grundfälle in Frage kommen können, die unser Erwerbssleben in irgend welcher Weise berühren und außerdem der Staat begonnen hat, bei solchen Gelegenheiten finanzielle Beihilfe zu gewähren. Ebenso müßte die Begründung des Zentralvorstandes antrages abgewartet werden, der besagt, daß Kranke vier Wochen Unterstützung bezogen haben müssen, ehe sie in eine Heilanstalt geschickt werden können und ihre Bezüge erhalten. Man habe hier damit zu rechnen, daß bei einer Verschreibung in solche Heilanstalt doch ohne Zweifel Krankheit attestiert ist und weiter, daß bei der ständigen Ueberfüllung derselben oft eine längere notgedrungene, durch Arbeit ausgefüllte Frist vergeht, ehe der Aufenthalt zur Vollendung des Heilprozesses angetreten werden kann. Nun käme die beantragte Witwen- und Waisen-Unterstützung, welche wir ablehnen müßten, trotz des guten humanitären Gebantes, der dabei zum Ausdruck kommt, nach dem Grundsätze, daß mit dem Tode des Mitgliedes jede Verbindlichkeit der Organisation aufhört und bei solcher Unterstützung versicherungsmathematische Grundfälle in Frage kommen, die weder unsere Organisation vertreten noch durch die selbstverständlich hohe Festsetzung des Beitrages ermöglicht kann. Trotz der gewiß anerkennenswerten Arbeiten, die von einzelnen Kollegen zur Begründung dieses Antrages geleistet wurden, wird die Generalversammlung nur zu dem Schlusse kommen können, daß der Zentralvorstand beauftragt wird, Material zu sammeln und dieses der nächsten Generalversammlung zur Beschlußfassung zu unterbreiten, wo dann hoffentlich für eine anständige Verdrigung dieser Anregung gesorgt werden wird. Was das Corr.-Obligatorium anbetreffe, so sei es wünschenswert, daß man dagegen ebenso entschieden sich wende wie gegen die Gründung einer Verbandsdruckerei, da man bei ersterem immer mit Argumenten komme, die wohl in anderen Organisationen zutreffen, aber nicht bei uns, und zum letzteren die Unzulänglichkeiten wohl gewürdigt werden müßten, die durch solche Einrichtung entstehen müssen, den Vorteilen gegenüber, die dadurch erzielt werden können. Nur mit einem Wunsche könne man einverstanden sein, für dessen Verwirklichung auch die Berliner Delegierten eintreten müßten, daß die Redaktion des Corr. nach Berlin verlegt wird, nach der Erwägung, daß, wenn es gelingen sollte, den Sitz der Generalkommission ebenfalls nach hier zu verlegen, ebenso wie den übrigen Zentralverbände, dann eine Körperchaft geschaffen wird, welche auf wirtschaftlichem Gebiete den Ton angeben kann, nach dem in Deutschland praktische gewerkschaftliche Bedürfnisfragen behandelt werden. Redner schloß seine Ausführungen mit dem Wunsche, daß die Prüfung der Anträge allerorten mit derselben Gründlichkeit vorgenommen werden möge wie in Berlin, um dann die Maßnahmen zu treffen in der Lage zu sein, welche unserm Gemeinwesen förderlich sind. — In der Diskussion vertrat Kollege Henze die Ansicht des Referenten vollständig bis auf den Punkt, der

die Gaukassen beseitigt wissen will, den er unterstützte. Er wandte sich dann im-besondern gegen die Maßnahmen des Zentralvorstandes in Sachen der Angelegenheit Jänede-Hannover, welche ihm mehrfach erschienen. Kollege König war mit den Ausführungen des Referenten ebenfalls einverstanden, nur wünschte er, daß die Karenzzeiten für Ausgesteuerte herabgesetzt werden müssen. Kollege Massini war der Ansicht, daß man auf der Generalversammlung auch dem Antrage zustimmen müsse, der die Unterstützung bei militärischen Dienstleistungen verlangt. Kollege Döblin führte aus, daß es dem Zentralvorstande fernliege, die Delegierten in irgend einer Weise zu beeinflussen, wenn er in der Berliner Gauversammlung seine Meinung äußere; der Zweck des Antrages zum § 2 war der, überhaupt einmal eine prinzipielle Klärung durch eine Diskussion auf der Generalversammlung herbeizuführen, sowie das Gleiche beim Antrage betreffs Ueberweisung von Kranken nach Heilanstalten in Frage kam. Redner war erfreut, daß Berlin sich gegen die Schaffung einer Witwenkasse sowie gegen Errichtung einer Verbandsdruckerei wende, da bei der guten Absicht dieser Anträge die wirklich maßgebenden Momente vergessen worden seien, die bei Schaffung solcher Einrichtungen in Betracht kommen, sowohl in finanzieller Beziehung wie auch nach Zweckmäßigkeitsgründen. Er ist aber ebenfalls abnehmend der Verlegung des Corr. nach Berlin gegenüber, weil dann jede in ihm vertretene Ansicht als Zentralvorstandsmeinung von der Seite bezeichnet werden würde, die in der Befähigung der Buchdrucker ihren Liebessport und ihre Lebensaufgabe erblickt, was an sich nebensächlich sein würde, wenn nicht dadurch die Arbeit des Ausbaues unserer Organisation, durch die stete Abwehrgung dieser Angriffe, gestört würde. Er gab weiter eine Aufzählung über die Verhältnisse, welche in Hannover im Falle Jänede zu den Maßnahmen des Zentralvorstandes geführt hätten und die im Einverständnis mit dem dortigen Ortsvorstande getroffen wurden. — In seinem Schlußworte gab Kollege Massini der Meinung Ausdruck, daß es erfreulich sei, wenn alle Redner im ganzen mit seinen Ausführungen übereinstimmen. Was die Befürchtungen des Kollegen Döblin betreffs der Verlegung der Corr.-Redaktion anbetreffe, so seien sie wohl nicht so schwerwiegend, um diese zu unterlassen; denn es werde ohne Zweifel an der Redaktions Spitze immer die selbständige Kraft stehen, welche die Förderung unserer gemeinsamen Interessen vertritt und darum mit den Bestrebungen über der Meinung des Zentralvorstandes übereinstimmen muß, welcher doch das Gleiche will. In Berlin würde durch das bestehende hochentwickelte Organisationsleben der Boden sein, wo Leipziger Vögel- und Stänkertum nicht gedeihen und darum in vielen Fällen mit Widerstrebem eine Verständigung zu gemeinsamer fördernder Arbeit gefunden werden könne. Er hoffe, daß auch die Generalversammlung den Weg der Verständigung zu aller Nutzen finden werde. — Den Konditionslofen am 1. Mai bewilligte die Versammlung eine Extra-Unterstützung von 3 Mk. — Von der Druckerei Wertheim wurde mitgeteilt, daß diese auf Interventionen bei ihr beschäftigten Seherinnen nunmehr ebenfalls tariflichen Lohn gah. — An Personalveränderungen war zu melden der Ausschuß der Seher (wegen Heften) Oskar Andersen, Wilhelm Baendel, Ernst Bänsch, Ludwig Barkhausen, Franz Batte, Rudolf Beter, Georg Börner, Karl Burchardt, Georg Graff, Georg Hammer, Ernst Henstje, Franz Kapchies, Wilhelm Mepporf, Ceslaus v. Palezzi, Eugen Siegert, Franz Schimmelfennig, Karl Schröder, Paul Schulz, Richard Stoll, Hermann Voigt, Otto Weber, Otto Wisjoh, Paul Witte, Max Wolfstsch, Wilh. Wolffsohn, Engelbert Huber; der Drucker Hermann Stein, Max Schulze, Emil Schimming, Wilh. Wöller, Bernh. Leher, Karl Jache, Max Ebel, Wilh. Wiefenick; der Seher: Hermann Barksch, Paul Howe, Wilhelm Kliche, Max Dremba; der Mitglieder Ignaz Unsbad und Leop. Redo. Verstorben ist der Kollege Robert Schneider.

pm. Berlin. Die außerordentliche Generalversammlung der Invalidenkasse der Berliner Buchdrucker vom 13. April d. J. beschloß nach längerer Debatte bei einer Anwesenheit von 1002 Mitgliedern mit 822 gegen 157 Stimmen die Liquidation der Kasse. Es sei hier gestattet, in kurzen Zügen auf die Geschichte dieser Kasse etwas einzugehen. Ihre ersten Anfänge lassen sich nicht genau feststellen, aber schon im Statut der Allgemeinen Buchdruckerkasse für Berlin im Jahre 1797 ist im Art. 20. die Rede von der Unterfertigung für alte, abgelebte Buchdrucker, die gar nicht mehr arbeiten können oder welche unheilbare Krankheiten oder Schäden an sich haben. Die Höhe der Unterfertigung ist für den Einzelfall nicht ersichtlich, doch muß es eine für damalige Zeit bedeutende gewesen sein, wenn man in Erwägung zieht, daß die im Jahre 1809 vorhandenen 100 Passenmitglieder an Zuwahlbengel 676 Taler 7 Groschen aufbrachten und daß im Jahre 1814, in welchem infolge des Krieges der Mitgliederstand, der schon 123 Angehörige umfaßte, nur noch 99 betrug, 1178 Taler 4 Groschen für Zuwahlbengel gezahlt wurden. Erst vom Jahre 1816 erfahren wir die Höhe der Einzelleistungen, sie betrug bei einem Wochenbeitrage von 2 Groschen 3 Taler 1 Groschen bis 3 Taler 18 Groschen je nach den geleisteten Beiträgen und waren 8 Empfänger vorhanden. Diese Unterfertigung ging aber in den nächsten Jahren wieder zurück, sie betrug 1819 1 Taler 6 Groschen bis 2 Taler 5 Groschen bei 15 Zuwahlten. Die Höhe des Beitrages blieb bis zum Jahre 1849 die gleiche, doch ist für 30 Zuwahlten in diesem Jahre gezahlte Unterfertigung auf 2232

Zaler 23 Egr. 6 Pf. angewachsen. Mit dem Jahre 1849 trat für die Kasse ein bedeutendsvoller Umschwung ein, indem zahlreiche Mitglieder auschieden und, den Anregungen der National-Buchdrucker-Vereinigung zu Mainz vom 11. Juni 1848 folgend, eine neue Kasse mit voller Gegenseitigkeit und im Anschlusse an die deutsche Buchdrucker-Association gründeten. Die Berliner Prinzipale forderten gleichzeitig zur Gründung einer neuen Kasse auf und verpflichteten sich, zu derselben für jeden Gehilfen und Lehrling einen wöchentlichen Beitrag zu zahlen. Auch diese Kasse trat mit über 400 Mitgliedern am 16. Dezember 1849 in Tätigkeit. Diese beiden Kassen, obgleich sie bedeutende Unterstüzungen zahlten, konnten aber schon deshalb auf die Dauer nicht bestehen und so löste sich die associierte Kasse bereits am 24. März 1854 auf, während die zweite Kasse auf Grund eines versicherungstechnischen Gutachtens, nach welchem die Kasse nicht lebensfähig war, am 3. Februar 1855 befristlich aufgelöst wurde. Der kollegiale Sinn der Berliner Buchdrucker machte es möglich, im Jahre 1856 eine neue Kasse zu gründen, deren Statut bis zum Jahre 1884 in seinen Hauptpunkten Geltung behielt, der humane Sinn derselben sprachte auch vor einer kolossalen Belastung der Kasse nicht zurück, indem bei Eröffnung der letztern alle vorhandenen Invaliden von ihr übernommen wurden und Unterstützung erhielten. Diese Unterstützung betrug je nach der Beitragszeit 1 Zaler 10 Silbergroschen bis 2 Zaler pro Woche. Befristete Sicherung der Kasse auch für die Zukunft mußte jedes Mitglied während der Dauer von 12 Jahren wöchentlich 2 Silbergroschen zur Sammlung eines Eisernen Fonds liefern. Die günstige Lage der Kasse, welche mit den anderen Unterstützungszweigen eng verbunden war, veranlaßte sie, die Erhebung dieses Beitrages am 20. März 1870 fallen zu lassen und wenige Jahre später, Oktober 1872, auch die Unterstützungen zu erhöhen, es wurden statt 4, 5 und 6 Mk. jetzt 6, 7,50 und 9 Mk. Unterstützung gewährt. Die Kasse entwickelte sich immer mehr und mehr bis zum Jahre 1884, in welchem ihr Vermögen 222281,31 Mk. betrug. Mit diesem Jahre trat eine Trennung der Invalidentasse von der Krankenkasse auf Grund des Krankenversicherungs-Gesetzes ein und mußte für die erstere versicherungstechnisch nachgewiesen werden, daß sie lebensfähig sei. Dies Gutachten, welches die Kasse mit 2000 Mk. belastete, erklärte, eine Lebensfähigkeit sei nur dann vorhanden, wenn die bis dahin 30 Pf. betragenden Beiträge verdreifacht würden. Wenn nun auch die Aufsichtsbehörde im Interesse des Fortbestandes der Kasse nach einem vom Vorstande ihr eingereichten ausführlichen und energischen Memorandum von der Erhebung eines so ungeheuren Beitrages Abstand nahm und das Statut mit einem Wochenbeitrage von 35 Pf. und Einführung einer Karenzzeit im Jahre 1891 genehmigte, so war doch infolge des erwähnten Gutachtens eine allgemeine Enttäuschung über den Wert der Invalidentasse eingetreten, die sich namentlich darin äußerte, daß die jungen Kollegen, die ihre Leihzeit beendeten, der Kasse nur in geringer Anzahl beitraten. Hierzu kam, daß das Reichsgesetz, betr. die Invaliditäts- und Altersversicherung, ebenfalls mit dem 1. Januar 1891 in Kraft trat und die jungen Leute der Meinung waren, hierdurch seien sie für den Fall eintretender Invalidität genügend versichert. Der Vorstand trat dieser Ansicht wiederholt durch Rundschreiben und direkte Zusendungen energisch entgegen, indem er besonders den Unterschied zwischen allgemeiner Invalidität und beruflicher Invalidität hervorhob, und es schien, als ob durch die fortwährend erfolgten Anregungen des Vorstandes das Interesse für die Kasse mehr geweckt würde. Leider wurde die Kasse aber gezwungen, von fünf zu fünf Jahren ein versicherungstechnisches Gutachten über ihre Lebensfähigkeit einzureichen. Wenn schon das Gutachten aus dem Jahre 1891 ein für die Kasse ungünstiges war, so war dasjenige vom Jahre 1897 noch ungünstiger und die Folgen dieses Gutachtens war die Erhöhung des Beitrages auf wöchentlich 45 Pf. und bedeutsame Veränderungen des Kassensatuts. Letztere bezogen sich einmal auf die Höhe der Unterstützungen, welche von 9, 7,50 und 6 Mk. auf 8, 7 und 6 Mk. herabgesetzt wurden, dann aber namentlich darauf, daß Invaliden, welche aus irgend einem Erwerbe ein Einkommen in der Höhe des jeweiligen für die Buchdrucker Berlins festgesetzten durchschnittlichen Wochenlohnes haben, Invalidentgelt nicht beziehen können, auch wenn dieselben vor Genehmigung der Abänderung unter solchen Verhältnissen Invalidentgelt bezogen haben. Außerdem durften Invaliden bei Verlust des Invalidentgeldes in Buchdruckereien nicht mehr tätig sein. Letztere Bestimmungen wurden getroffen, weil es in der Tat Invaliden gab, die neben ihrem Invalidentgelde Stellungen in Buchdruckereien als Korrektoren usw. mit einem Gehalte von über 40 Mk. pro Woche einnahmen, von den abhängenden Kassemitgliedern also unterstützt wurden, ihnen außerdem aber die Möglichkeit, Arbeitsgelegenheit zu erhalten, sehr erschwert. Trotzdem diese Veränderungen nur eine Folge des versicherungstechnischen Gutachtens waren, hatten sie doch umfangreiche Prozesse gegen die Kasse im Gefolge. Zuerst klagte der bis zu seiner Invalidität Buchdruckereibesitzer gewesen Invalide Moritz Niethe auf Weiterbezug von 9 Mk. Invalidentgelt statt der jetzt erhaltenen 8 Mk., derselbe wurde aber in letzter Instanz vom Königl. Kammergerichte mit seiner Forderung abgewiesen. Die Kosten des Prozesses mußte die Kasse tragen, da Niethe inzwischen seine Witschaft veräußert und sie nur auf Grund eines Mietvertrages in Gebrauch hatte. Dann klagte der Invalide Julius Biesecke auf

Zahlung der ihm vorenthaltene Unterstützung. B. war in der Buchdruckerei des Vorstandesmitgliedes Herrn Grunert beschäftigt. Das Kammergericht und das Reichsgericht gaben seinem Ansprüche Folge, ausföhrnd, daß ihm, der vor Trennung der Invalidentasse von der Krankenkasse schon Invalide war, das Invalidentgelt nicht entzogen werden konnte, da er bei der früheren Kasse erworben Rechte hatte, welche auf die jetzige Kasse als deren Rechtsnachfolgerin übergegangen waren und nachträglich nicht gestrichen werden können. Dieser Entscheid ist ein für die Kassenverhältnisse so tief einschneidender, daß die Kasse, wie aus dem erwähnten versicherungstechnischen Gutachten hervorging, absolut lebensunfähig ist. Der hierdurch geschaffene Zustand wird am treffendsten gekennzeichnet durch den Ausspruch des damaligen Vorsitzenden der Invalidentasse, des Herrn Buchdruckereibesitzers Bernstein, in einer Vorstandssitzung, daß es unverantwortlich sei, unter den obwaltenden Umständen den Mitgliedern auch nur noch einen Beitrag abzunehmen, die Kasse müsse so schnell wie möglich liquidieren. Die Behauptung der Kasse wurde noch dadurch erhöt, daß die Aufsichtsbehörde abermals die Beibringung eines versicherungstechnischen Gutachtens forderte und nach den Erfahrungen der früheren Gutachten mußte mit Bestimmtheit angenommen werden, daß dasselbe den Mitgliedern eine Mehrbelastung in Form höherer Beiträge auferlegen oder den Invaliden die Unterstützung wesentlich kürzen würde. Trotzdem stimmte im allgemeinen die Kurpfarbenordentliche Generalversammlung der Kasse im Dezember 1901 dem Antrage des Vorstandes zu, erst das Ergebnis des Gutachtens abzuwarten und dann über das Schicksal der Kasse zu entscheiden. Der durch den Vorsitzenden herbeigeföhrte überaus schnelle Schluß der Versammlung hatte eine ausgiebige Aussprache unmöglich gemacht, und die Folge hiervon war ein von über 50 Mitgliedern unterzeichneter Antrag auf Liquidation der Kasse, der dem Vorstande gleich nach dieser Generalversammlung eingebracht wurde. Ein Versuch des Vorstandes, die Mitglieder zu bewegen, ihren Antrag vorberand zurückzugeben, scheiterte und so sah der Vorstand sich gezwungen, zum 18. April 1902 eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen, deren einziger Gegenstand der Tagesordnung jener Antrag war. Das Resultat dieser Versammlung ist im Eingange dieses Artikels mitgeteilt. Einem jeden Teilnehmer der Versammlung drängte sich bei der Abstimmung die Ueberzeugung auf, daß die Abgabe der Stimmen auf Liquidation jedem einzelnen nicht leicht wurde und ist dies auch sehr erklärlich, da die Mitglieder der Kasse meist von über 50 bis zu 15 Jahren angehört haben, denn eine Mitgliedschaft von geringerer Dauer ist infolge des Nichtbeitrittes jüngerer Kollegen nur bei wenigen Mitgliedern festzustellen. Um so unverantwortlicher sind die verheerenden Artikel im Typographen den Nummern 17 und 18. Aus dem vorstehenden geht unzweifelhaft hervor, daß der Vorstand schon seit Jahren alles mögliche getan, um die Existenz der Kasse zu sichern, keinem Mitgliede desselben ist irgendwie ein Vorwurf zu machen, nur ist es zu bedauern, daß die Buchdruckereibesitzer Herren Bernstein und Grunert durch ihre Amtsniederlegung obigen sonst inhaltslosen Separatartikel eine gewisse Unterlage gegeben haben. Dieses ist, abgesehen von Herrn Grunert, der infolge Krankheit während seiner Amtsperiode nicht ein einziges Mal in die Vorstandssitzungen kommen konnte, um so mehr bei Herrn Bernstein zu bedauern, der ein ganzes Decennium hindurch die oben geschilderten Bestrebungen des Gesamtvorstandes gekannt hat, und wenn er es schon für unverantwortlich hielt, die Mitglieder noch weiterhin zur Zahlung von Beiträgen zu veranlassen, so können die übrigen Vorstandesmitglieder den Drohungen der Gutenbergs-Bündler ruhig entgegensehen. Die betr. Personen können das Bewußtsein haben, voll und ganz durch Wahrnehmung aller Interessen der Kasse ihre Schuldigkeit getan zu haben. Hat eine so imposante Mehrzahl der Mitglieder ihren Willen für Liquidation der Kasse ausgesprochen, so hatte sie wohl das ähnliche Gefühl, welches den Vorsitzenden der Kasse, der jetzt gegen Vorstand und Mehrheit der Mitglieder ausgespielt wird, seinerzeit beherstet hatte. So sehr es zu bedauern, daß die Kasse ihre so segensreiche Tätigkeit einstellen muß, so kann man sich der Tatsache doch nicht verschließen, daß sich jetzt alle derartigen lokalen Institutionen, die früher einem großen Bedürfnisse genügt haben, nicht mehr halten lassen, die heutigen Arbeitsbedingungen fordern eben auch für alle Unterstützungszweige einen größeren Rahmen für ihre Tätigkeit als wie den durch eine einzige Stadt begrenzen, und so sind für die Auflösung der Kasse nicht eine geringe Anzahl von Personen oder eine Organisation verantwortlich zu machen, sondern ausschließlich die heutigen durch die erleichterten Verkehrsverhältnisse bedingten Arbeitsverhältnisse hierfür maßgebend. Ein Verkennen dieser Tatsache kann nur geringer Kenntnis der heutigen Bedürfnisse oder der Böswilligkeit entspringen.

H. Dresden. In der am 26. April im Eldorado abgehaltenen Gaudereis-Mitglieder-Versammlung blieb der Besuch hinter der Wichtigkeit der Versammlung ein Bedeutendes zurück. Der Gauder Vorstand hatte eine Anfrage auf die Tagesordnung gestellt, die folgenden Inhalt hatte: Ist die Dresdener Mitgliedschaft gewillt, den Gauder Vorstand dahingehend zu unterstützen, zum Ankaufe eines Gewerkschaftshauses ein Darlehen von 10000 Mk. der Gauder Kasse zu entnehmen? Kollege Steinbrück berichtete zunächst eingehend über den Plan des Dresdener Gewerkschaftsstartells, ein größeres Etablissement zu er-

werben, um darin ein Heim für die Arbeiter zu schaffen. Es soll eine Herberge, Gastwirtschaftsräume und Büroräume für die einzelnen Gewerkschaften mit allen für ein modernes Gewerkschaftshaus notwendigen Erfordernissen eingerichtet werden. Alle Gewerkschaften Dresdens sollen zur Aufbringung der notwendigen Geldmittel beitragen. Die größeren Gewerkschaften haben namhafte Kapitalien zugelegt und auch die Dresdener Buchdrucker sind darum angegangen worden. Unsere Vertreter im Kartelle haben eine entsprechende Summe in Aussicht gestellt unter der Bedingung der eventuellen Genehmigung auf statutarischem Wege. Das Projekt konnte aber nun rascher zur Verwirklichung als vorausgesehen war, es werde jetzt zur Entschädigung gedrängt, ehe der Gauder darüber beschließen kann. Der Gauder Vorstand besitze aber nicht das Recht, über eine solche Summe zu verfügen, und würde er es besitzen, würde er trotzdem seinen Gebrauch davon machen. Wenn die Dresdener Mitgliedschaft mit Einseitigkeit den Gauder Vorstand unterstützen wolle und zwar so, daß die eventuellen Delegierten auf dem Gauder Tage ausnahmslos hierfür eintreten, dann könnte der Gauder Vorstand schon eher eine solche Verantwortung übernehmen. Redner stehe dem Plane eines Gewerkschaftshauses nicht unsympathisch gegenüber, er müsse aber auch die finanziellen Schwierigkeiten und Bedenken den Mitgliedern vor Augen führen, damit dieser Schritt wohl überlegt werde. — Die Debatte über diese Anfrage des Gauder Vorstandes ergab, daß die Meinungen in der Versammlung sehr weit auseinander gingen. Wohl fand der Plan eines Gewerkschaftshauses allseitig Beifall, besonders wurde die Einrichtung einer Herberge freudig begrüßt, da unsere Herberge nicht genug Luft und Licht biete, aber die finanziellen Bedenken sowie eine eventuelle Ablehnung des Darlehens durch den Gauder, wodurch dann eine ganz fatale Situation geschaffen werden könne, fanden ebenfalls Ausdruck. Für Bewilligung des Darlehens traten die Kollegen Schreiter, Hahn, Goll, Zehl, Uhlig, Meyer, Bräuer, Wendische, Schneider und Reichenbach ein, während sich die Kollegen Kaden und Schenk ganz entschieden dagegen aussprachen. Dem Kollegen Risch war wohl der Plan, ein Gewerkschaftshaus zu erwerben, sympathisch, aber die Verantwortung eines Darlehens vor dem Gauder wollte er nicht übernehmen. Kollege Krumpke-Pirna erwähnte die Dresdener Kollegen, nicht den vierten Teil des ganzen Gauder Vermögens festzulegen, andere Orte in der Provinz könnten die gleiche Forderung an die Gauder stellen. Auch Kollege Bischoff sprach sich dagegen aus. Die sehr erregte Versammlung beschloß schließlich mit 60 gegen 46 Stimmen, den Gauder Vorstand zu ermächtigen, das Darlehen aus der Gauder Kasse zu entnehmen. — Als Kandidaten für die Generalversammlung des Verbandes wurden die Kollegen Berger, Reichenbach, Risch, Schneider, Steinbrück, Stöbe, Uhlig und Wendische aufgestellt. — Auf eine Anfrage aus der Versammlung, ob sich der Kassierer des Ortsvereins Jittau, Kollege Brunsch, etwa Unregelmäßigkeiten in seiner Amtstätigkeit habe zu Schulden kommen lassen, daß man seine Kandidatur zurückzog, antwortete Kollege Steinbrück, daß das durchaus nicht der Fall sei, er könne sich nur anerkennend über dessen Kassierführung bis zur Niederlegung seines Amtes äußern, er bebaure diesen Vorfall. Die Kollegen Wendische, Schalle, Bischoff, Fiederling und Weise legten den Vorgang klar, wobei in ziemlich scharfer Weise die Mißbilligung über diese Handlungsweise zum Ausdruck kam. Kollege Kaden bebauerte noch, daß es nicht zulässig sei, Brunsch von Dresden aus kandidieren zu lassen, sonst würde er es beantragen. — In einer sich hieran anschließenden Versammlung der Mitglieder der Zentral-Invalidentasse in Biqu. wurde unter Zustimmung zu den im Corr. veröffentlichten Anträgen die Aufstellung folgender Delegiertenkandidaten zur Generalversammlung dieser Kasse vorgegenommen: Berger, Reichenbach, Risch, Steinbrück, Stöbe, Uhlig und Wendische.

N. Gera. Am 27. April hielt der Bezirk Gera in Weida seine zweite diesjährige Versammlung ab. Betreter waren die Orte Gera, Auma, Eisenberg, Pöbnet und Hirschberg (Saale), es mochten etwa 80 Mitglieder zugegen sein. Der Vorsitzende Dreinl eröffnete die Versammlung, worauf im Namen des Ortsvereins Weida Kollege Reich die Versammlung begrüßte. Nachdem das spezielle Resultat über die Gauderwahl bekannt gegeben war, beschäftigte sich die Versammlung abermals mit der Druckerei Seifert in Röstrik. Nach längerer Aussprache wurde der in voriger Bezirksversammlung gefaßte Beschluß auf Schließung der Druckerei aufrecht erhalten. Alsdann fand die Aufnahme eines Kollegen von Weida statt. Das Aufnahmegefeuch eines Kollegen von Gera und das eines andern von Ronneburg wurde abgelehnt. Kassierer Schubert gab alsdann den Kassenbericht über das erste Quartal 1902. Nach einer Aussprache über die Unregelmäßigkeiten eines Druckereifassierers wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Von einer Berichterstattung über die Verhandlungen des Gauder Tages von Osterland-Thüringen wurde Abstand genommen, indem man den im Corr. gegebenen Bericht als ausreichend erachtete. Ein Bericht über die Gau-Wilventassen-Versammlung wurde gegeben und so allseitig Beifall in diese Kasse ausgesendet. Es stand sodann ein Antrag auf Aufhebung der erst seit Jahresfrist bestehenden Bezirkskasse zur Verhandlung. Hierzu wurde ein Antrag auf Uebertragung zur Tagesordnung angenommen, aber dadurch illusorisch gemacht, daß ein Antrag auf Urabstimmung Annahme fand. (Die am 2. Mai stattgefundenen Auszählung der Stimmzettel ergab, daß die Bezirkskasse mit 68 gegen 67 Stimmen und zwar

seit 1. Mai aufgehoben wurde. Ein eigenartiges Verhältnis scheint über dem Bezirke Gera zu schweben, daß alle Abstimmlungen von Bedeutung mit so minimaler Mehrheit zu Stande kommen. Als Ort für die nächste Bezirksversammlung wurde Eisenberg bestimmt. Nach Erörterung einiger Sachen von weniger Bedeutung unter Sonstigen wurde die Versammlung mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

Hannover. In Nr. 50 des Corr. wird in einem Versammlungsberichte aus Hannover die Behauptung aufgestellt, daß in der Gbr. Fändeschen Hochbuchdruckerei die vakanten Stellen zweier Betriebsmitglieder (Maschinenmeister) durch drei Mitglieder des Gutenbergs-Bundes besetzt worden seien. Diese Behauptung ist unwarhaft, es hat nur ein Mitglied in der betr. Druckerei angefangen. Des weiteren wird behauptet, daß zwei Maschinenseher (G.-B.) untauflich entlohnt würden. Beide Maschinenseher werden abwechselnd je 4 Stunden am Kasten und an der Maschine beschäftigt, arbeiten also 8 Stunden. Von Maschinensehern im Sinne des Tarifes kann hier nicht die Rede sein. Der Vorstand des G.-B., Ortsverein Hannover, Hof. Stute, Vorsitzender.

Heidelberg. Die am 3. Mai abgehaltene Monatsversammlung hatte sich eines ziemlich guten Besuches zu erfreuen. Nachdem zwei Aufnahmefälle genehmigt und eines zurückgestellt war, erstattete der Vorsitzende Bericht über das erste Quartal, das infolge außergewöhnlicher Arbeitslosigkeit und Krankheit der Mitglieder als eines der ungünstigsten seit langer Zeit bezeichnet werden muß. Als Delegierte zu dem zu Pfingsten in Saarbrücken stattfindenden Goutage wurden die Kollegen K. Schneider und R. Kausch gewählt. Bei der Aufstellung der Delegierten zur Generalversammlung in München wurde der Wunsch geäußert, es möchte diesmal auch der Bezirk Heidelberg berücksichtigt werden und der Vorsitzende Schneider als Delegierter aufgestellt. Sodann wurden die zum Goutage gestellten Anträge durchberaten und Stellung dazu genommen. Die Johannisfeier soll durch einen Auszug ins romantische Neckartal, nach Zwingenberg und Eberbach begangen werden. Unter Verschwiegenen wurden noch einige lokale Angelegenheiten erledigt und hierauf die Versammlung zum Vorhinein geschlossen.

Hildesheim. (Bezirksversammlung.) Die am 27. April in Hildesheim abgehaltene erste diesjährige Bezirksversammlung war trotz der interessanten Tagesordnung nur schwach besucht. Namentlich hatte es wieder ein großer Teil der Hildesheimer Kollegen nicht für nötig befunden, zu erscheinen. Aus dem Bezirke war Burgdorf, Einbeck und Peine vertreten. Der Bezirksvorsteher Hausmann gab bei Eröffnung der Versammlung einen kurzen Ueberblick betr. Einführung des Tarifes und behauptete, daß trotz der lange verstrichenen Frist im Bezirke die Lage immer noch nicht geklärt sei. Am Vororte selbst seien ja durch einmütiges Zusammenstehen unsere so viel beschnittenen Forderungen anerkannt, wenn auch einige Kollegen der Gerstenbergischen Zeitung durch die Einstellung ins Gewählbede sekundäre Verluste erlitten. Nach der Berlesung des Kassenberichtes durch Kollegen Seling wurde demselben auf Antrag der Revisionen Decharge erteilt. Die Vertreter aus dem Bezirke erhoben ganz energisch Protest dagegen, daß sie bei dem Vorgehen wegen voller Einführung des Tarifes seinerzeit nicht genügenden Rückhalt gefunden haben und so gezwungen wurden, das Minimum bei Aufbesserung ihrer Löhne als Maximum anzuerkennen. Allgemeine Mißbilligung wurde dem Gausvorstande gegenüber darin ausgesprochen, weil er es nicht für nötig gefunden, bei der Bezirksversammlung zu erscheinen, trotzdem derselbe wissen mußte, daß verschiedene, am besten von ihm selbst zu beantwortende Fragen, namentlich von Vertretern aus dem Bezirke gestellt würden, um eine möglichst schnelle Klärung in ihren Tarifangelegenheiten herbeizuführen. Von den in Vorschlag gebrachten Kandidaten als Vertreter zur Generalversammlung des Verbandes wurden nominiert: Frickhede-Hannover, Schwetje-Braunschweig, Stege-Büneburg und Hausmann-Hildesheim. Dem eventuellen von Hildesheim zu entsendenden Delegierten wurde aufgetragen, in der Generalversammlung dafür einzutreten, den Bezirksvorständen größere Vollmachten zu erteilen; denn die hiesige Bewegung habe wiederum gezeigt, daß durch die jetzt bestehenden Maßnahmen viel Zeitverlust und dadurch das Eingreifen im richtigen Moment größtenteils verloren geht. Hierauf wurde beantragt, die Bezirksversammlung mindestens einmal im Jahre an einem andern als dem Bezirksvororte abzuhalten. Demselben wurde beigestimmt, jedoch die Wahl des jeweiligen Ortes dem Bezirksvorstande überlassen. Ebenso wurde der Wahlmodus, den Bezirksvorstand am Vororte zu wählen, beibehalten, jedoch beschloffen, diesen Punkt jedes Jahr in einer Bezirksversammlung auf die Tagesordnung zu stellen. Mit einem Hoch auf den Verband als unsre Stütze in allen Lebenslagen schloß der Vorsitzende die sehr anregend verlaufene Versammlung.

Karlsruhe. (Maschinenmeisterverein.) Am 20. April fand der während des Winterhalbjahres abgehaltene Komplattenschnidekursus einen würdigen Abschluß durch Ausfertigung der gefertigten Arbeiten und Platten. Damit hat der hiesige Maschinenmeisterverein wiederum ein gutes Beispiel gegeben, daß ihm daran liegt, den Kollegen Gelegenheit zu geben, sich im Berufe immer mehr zu vervollkommen und wurde denn auch diese Gelegenheit von 42 Maschinenmeistern und 22 Sehern benützt. Verringerte sich auch diese Zahl im Laufe des Kurzes um einige Teilnehmer, teils durch Abreise oder aus sonstigen Gründen, so war doch bis zum Schluß

ein reges Streben vorhanden, das Gebotene so viel wie möglich zu benutzen. Es darf nicht verkannt werden, daß die Anforderungen, welche an die Teilnehmer gestellt wurden, im Verhältnisse große waren, denn es wurden außer dem theoretischen Unterrichte vier Materialien bearbeitet, Karton, Mäfer, Celluloid und Blei, und im weiteren, daß vielen die Bearbeitung dieser Materialien fremd war, doch zeigte der Schluß, daß jeder nach bestem Willen und Können dahin strebte, so leisten was ihm möglich war. Sollte im kommenden Winter wiederum ein Kursus stattfinden, so würden sich die Teilnehmer noch weiter vervollkommen und selbst die Kollegen, welche nicht mehr Gelegenheit dazu haben sollten, können sich durch die erhaltenen Belehrungen und praktischen Arbeiten weiter bilden, um sich bei Ausführung derartiger in Betracht kommender Arbeiten helfen zu können. Erwähnt sei dabei, daß seitens des Gewerkschaftsrates Herr Regierungsrat Mayer und der Rektor der Gewerkschule Herr Dr. Cathian während des Unterrichtes Besuche abstatteten und sich über die Ziele und Zwecke des Kurzes sowie über die Arbeiten sehr anerkennend aussprachen. Am Abende fand unter zahlreicher Beteiligung der hiesigen Kollegschaft eine gemütliche Schlußfeier statt, wobei den Leitern und Lehrern der Sonntags vormittags abgehaltenen Unterrichtsstunden, den Kollegen Mich. Weißbach und Otto Plass, der Donk des Maschinenmeistervereins und der Schüler darüber, kund gegeben wurde, daß ersterer als Seher zum Ehrenmitgliede des Maschinenmeistervereins mit Ueberreichung eines schönen Diploms und wertvollem Geschenke ernannt wurde und letzterer als Maschinenmeister ebenfalls ein wertvolles Geschenk erhielt. Gleichzeitig wurde dem frühern Vorsitzenden des Maschinenmeistervereins, Kollegen Felix Kirsten, für seine langjährige Führung eine besondere Ehrung dadurch zu teil, daß er zum Ehrenvorsitzenden des Vereins ernannt wurde mit Ueberreichung eines hübsch ausgestatteten Diploms. Mit diesem Abschlusse darf der Maschinenmeisterverein mit großer Befriedigung auf seine Tätigkeit im Winterhalbjahre zurückblicken und wird ihm mancher Kollege dankbar sein, diese Anregung gegeben zu haben.

F. Karlsruhe. Am 20. April hielt die Vereinigung der Stereotypen und Galvanoplastiker Süddeutschlands in Karlsruhe ihre erste halbjährliche Generalversammlung ab. Der Vorsitzende hieß die Erschienenen herzlich willkommen. Vertreten waren Heidelberg und Landau, Bruchsal hatte sich entschuldigt. Es ist sehr bedauerlich, daß gerade Mannheim, die größte Stadt Süddeutschlands, durch Abwesenheit glänzte, was auch von der Versammlung scharf verurteilt wurde. Mögen doch die Mannheimer Kollegen endlich einsehen, daß nur durch ein geschlossenes Vorgehen etwas Ersprießliches erzielt werden kann zum Wohle der Gesamtheit. Hierauf erstattete unser Delegierter vom Hamburger Kongresse in fünfviertelstündigem Kassen Bericht, welcher von der Versammlung mit Aufmerksamkeit und sichtlichem Interesse entgegengenommen wurde. Dem Redner wurde der Dank der Versammlung ausgesprochen. Wir wollen unterlassen, hier näher darauf einzugehen, da die ganzen Verhandlungen gedruckt in Trostbüchlein den Mitgliedern zugehen werden. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt. Zum vierten Punkte unserer Tagesordnung wurde folgender Antrag gestellt, welcher der Wichtigkeit wegen hier veröffentlicht werden soll: Stelle den Antrag, daß den Mitgliedern der Vereinigungen der Stereotypen und Galvanoplastiker Deutschlands zur Pflicht gemacht wird, keinen Hilfsarbeiter mehr auszubilden oder Anweisungen zu geben, denn dieses ist der größte Krebsknoten in unserm Berufe; gelehrte Kräfte sind genügend vorhanden! Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Hierauf erfolgte die Neuwahl des Vorstandes (s. Verhandlungsprotokolle). Die nächste Versammlung findet im Oktober in Landau statt. Nachdem noch einige interne Angelegenheiten erörtert waren, schloß der Vorsitzende die etwas schwach besuchte, aber doch anregend verlaufene Versammlung. Wir rufen den Kollegen ein frohes Wiedersehen in Landau zu, insbesondere bitten wir die Kollegen von Mannheim, alle Vorurteile beiseite zu lassen und in dieser Versammlung zu erscheinen. Der Nachmittag wurde zur Besichtigung der Stadt benützt. Abends wurde einer Einladung des hiesigen Maschinenmeistervereins zur Abendunterhaltung Folge geleistet und sei demselben hier der Dank der Kollegen ausgesprochen.

Hg. Königsberg. Der Maschinenseherverein für Ost-Deutschland hielt am 27. April. seine statutenmäßige Vierteljahrsversammlung ab. Nach Aufnahme von fünf neuen Mitgliedern wurde unter „Tariflichem“ dem Antrage des Maschinensehervereins Berlin betr. Angliederung eines Maschinensehers an den Tarif-Ausschuß zugestimmt. Sodann wurden die Maschinenseherverhältnisse in den hiesigen Druckereien einer eingehenden Besprechung unterzogen und konstatiert, daß dieselben vollkommen tarifmäßig sind. In den Vorstand wurden gewählt die Kollegen Tschierse zum Vorsitzenden, Wieswand zum Kassierer, A. Hangwitz zum Schriftführer. Nach Beschlußfassung über an jedem ersten Sonnabend im Monate zu veranstaltende zwanglose Zusammenkünfte und nach einer vorbereitenden Besprechung betreffs der Feier des ersten Stiftungsfestes wurde die Versammlung geschlossen.

r. Mannheim. Seit der letzten Berichterstattung von hier wurden zwei Mitgliederversammlungen abgehalten. In derjenigen am 12. April stand nach Erledigung der geschäftlichen Mitteilungen die Abhaltung des diesjährigen Johannisfestes auf der Tagesordnung. Die übergroße Mehrzahl der Mitglieder votierte für einen größeren

Tagesausflug. Als Reiseziel wurde die Pfalz und zwar die herrliche Gegend Neustadt-Edenkoben ins Auge gefaßt. Einen weiteren Punkt der Tagesordnung bildete die Besprechung einer am 27. März aufgenommenen Statistik. Aus dieser ist zu entnehmen, daß die tariflichen Verhältnisse hier am Orte als befriedigend zu bezeichnen sind. Sämtliche hierorts ermittelten Gehältn arbeiten, mit Ausnahme von einem bei Zul. Wendling, zu tariflichen Bedingungen und wird die überwiegende Mehrheit über Minimum entlohnt. Ferner bewilligten die Mannheimer Attendurerei und die Hochbuchdruckerei Max Hahn & Co. wie in früheren Jahren so auch dieses Jahr ihrem Personal 8 Tage Ferien bei vollem Lohne. Auch die meisten anderen Druckereien dürften bald diesem Beispiele folgen. — Die Versammlung vom 27. April nahm zuerst drei neuangekommene Kollegen in den Verband auf. Hierauf erstattete der Kassierer den Kassenbericht für das erste Quartal, wofür demselben Decharge erteilt wurde. Einem gestellten Antrage zustimmend wurde beschloffen, den am 1. Mai konditionslos und durchreisenden Kollegen 2 Mk. Extra-Unterstützung zu gewähren. Längere Zeit nahm die Beratung über die zum Goutage gestellten Anträge in Anspruch. Die Versammlung sprach sich nach eingehender Erwägung fast einstimmig gegen die Anträge aus, die darauf abzielen, den zu Friedensübungen einberufenen Kollegen die konditionslos-Unterstützung zu gewähren, desgleichen gegen die Anträge auf Einführung des Corr.-Obligatoriums. Ferner wurde der Antrag Wiesbaden, daß Stellenangebote und -Gesuche im Corr. nicht mehr zu veröffentlichen seien, ohne weitere Diskussion verworfen. Alle übrigen gestellten Anträge fanden allgemeine Zustimmung und werden die Mannheimer Delegierten dieselben unterstützen.

K. Mainz. (Maschinenmeisterklub.) Die am 13. April abgehaltene Mitgliederversammlung war von der Hälfte der Mitglieder besucht. Der Vorsitzende Bente behauptete, daß trotz aller Anstrengungen seitens des Vorstandes in Bezug auf Technisches sowie in gewerkschaftlicher Beziehung alles zu bieten, trotzdem die Mitglieder es sich angelegen sein lassen, nicht zu erscheinen. Und das gerade, an dem Tage, an welchem seitens einiger Maschinen- sowie Farbenfabriken eine sehr gewählte und mühselige Ausstellung von Drucksachen stattfand. Es waren dies die Firmen Jänecke & Schneemann-Hannover, Huber-München, Kaff & Ehinger-Stuttgart, Geitmann-Dresden, Maschinenfabrik Johannsberg, König & Bauer-Würzburg sowie die Maschinenfabrik Augsburg. Gleichzeitig hatte uns die Cellulosefabrik C. Lorch in Leipzig in bereitwilliger Weise einige ihrer Erzeugnisse zur Verfügung gestellt und sei an dieser Stelle nochmals gedankt. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten schloß der Vorsitzende die sehr interessante Versammlung.

S. Weimar. Nachdem erst vor einiger Zeit unser wertvolles Mitglied, der Faktor F. Mauerhan, das Jubiläum seiner fünfundsingzigjährigen Tätigkeit in der in weiten Kreisen vorteilhaft bekannten Schriftgießerei A. Kahl Söhne gefeiert hat, aus welchem Anlasse dem Jubilar von den verschiedensten Seiten mancherlei Aufmerksamkeit erwiesen wurden, bot sich neuerlich und zwar am 27. April, willkommene Gelegenheit, das fünfzigjährige Berufsjubiläum eines andern treuen Mitgliedes zu feiern. Am genannten Tage konnte nämlich der Maschinenmeister R. Feinzeiger aus Oberweimar auf eine fünfzigjährige berufliche Tätigkeit zurückblicken. Der Jubilar ist leider seit einigen Wochen leidend und erwerbsunfähig. Hoffentlich hatten sich die hiesigen Kollegen zu dieser Ehrung unser Veteranen eingefunden. Beim Eintritt desselben in das Festsaal begrüßte ihn der Gesangsverein Gutenberg mit den ergreifenden Klängen des Chorals „Bis hierher hast Du mir, mein Gott“. Es folgten Ueberreichung wertvoller Geschenke, so auch namentlich seitens seiner beiden Chefs, der Herren Straubing und Müller, und Ansprachen der Vorsitzenden der Weimarer Buchdrucker-Gesellschaft, des Ortsvereins, des Gausvorstandes sowie von Vertretern der Mitgliedschaften Apolda und Jena. In kurzen aber bewegten Worten dankte der Jubilar und ließ seine Rede in ein Hoch auf den Verband ausklingen. Begrüßungstelegramme gingen ein vom Zentralvorstande, der Mitgliedschaft Erfurt, Firma A. Kahl Söhne-Weimar und einigen Beamten der Firma W. S. Voigt, früher hier, jetzt in Leipzig. Mit noch mehreren trefflich zu Gehör gebrachten Liedern beschloß der Gesangsverein Gutenberg das Fest, so daß der Jubilar veranlaßt sah, als alter Sänger noch besonders dem Dirigenten des Vereins seinen Dank auszusprechen. Möge der gute Geist in unserer Mitgliedschaft allezeit leben und bleiben und bei jeder sich bietenden Gelegenheit immer von neuem in Erscheinung treten.

Rundschau.

Minimum und Maximum. Eine gar nicht so Antwort gab bei der vor einigen Tagen abgehaltenen Prüfung in der Dsnabrücker Buchdrucker-Zwangsschule ein angehender Gutenberglünger, als bei Betrachtung gekläufter Fremdwörter von ihm auch eine Definition der Begriffe Minimum und Maximum verlangt wurde. Der Befragte bejahte sich nicht lange, sondern plaperte Uebertragung des strengen Prüfungsmeisters und stillen Vergnügens der anwesenden Gehilfen mit folgenden Antwort heraus: „Das Minimum sind 23,50 Mk., hoch das Maximum ist, das weiß ich noch nicht.“

Fortsetzung aus dem Hauptblatte.

Der Rheinheffische Beobachter in Ober-Jungelheim (Verleger und Drucker Fr. Wolph) feierte am 1. Mai sein fünfzigjähriges Bestehen.

Freiprozesse. Der Redakteur der Gazeta Robotnica, Georg Hoase in Deuthen, soll einen katholischen Erzpriester beleidigt haben, was mit neun Monaten Gefängnis eingeschätzt wurde. Eine Beleidigung des Eisenbahnpräsidenten in Erfurt brachte dem Redakteur Rheinert (Erfurter Tribüne) drei Monate Gefängnis ein. Einhundert Mark Geldstrafe hat der Redakteur der Norddeutschen Volksstimme in Bremerhaven wegen Beleidigung zu zahlen.

Der bekannte amerikanische Romanschriftsteller Francis Bret Harte ist im 63. Lebensjahre gestorben. Derselbe verbrachte sein Leben in recht verschiedenen Stellungen, 1854—71 war er in Kalifornien u. a. als Goldsucher, Landmesser, Schulmeister, Schriftsetzer und Journalist beschäftigt, in welcher letzterer Eigenschaft er eine Monatschrift herausgab. Im Osten der Union war er dann eine zeitlang Literaturprofessor, später Konsul in Krefeld und Glasgow. Seine letzten Lebensjahre verbrachte er in der Nähe Londons.

Keine Fortbildung — diese Parole wurde von dem Düsseldorf-Röhren- und Eisenzulieferer, dem größten Fabrikabstimmern am Platze, ausgegeben. Den Anlaß gab der am 1. April zur Einführung gelangte Fortbildungsunterricht, der an zwei Nachmittagen in der Woche mit je drei Stunden stattfindet. Es wurden sämtliche zum Besuche der Fortbildungsschule verpflichteten, unter 16 Jahre alten Arbeiter entlassen.

In Mecklenburg haben die Agrarier es durchgesetzt, daß die Unterrichtszeit in Volksschulen für den Sommer auf wöchentlich 22 Stunden festgesetzt wurde, die bis auf 8 Stunden herabgesetzt werden können, wenn die Kinder anderweit gebraucht werden. Von den 8 Stunden haben auf Religion 4 Stunden zu entfallen (außerdem an den Sonntagen ein bis zwei Stunden kirchliche Kinderlehre), auf Deutsch und Rechnen 2 Stunden. Es ist hiernach hinreichend gesorgt, daß die Kinder nicht allzu viel lernen und so auch nach der Schulzeit als „willige Arbeiter“ der bestmöglichen Ausbeutung zugänglich sind.

Im preussischen Abgeordnetenhaus wurde vergangene Woche über das Vereins- und Versammlungsrecht der Frauen debattiert. Den Anlaß dazu bot eine Petition des Landesvereins preussischer Volksschullehrerinnen, die um Abänderung des preussischen Vereinsgesetzes und Zulassung von Frauen zu politischen Vereinen nachsuchten. Die Petition war in der Kommission durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt worden und das Plenum schloß sich dem an, nachdem von einigen Rednern verjagt worden war, die Petition wenigstens der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen, was ja bekanntlich in der Regel auch nichts hilft. Auch der Minister des Innern beteiligte sich an der Debatte und gab die bekannte Verhütung zum besten, wonach den Frauen gestattet sein soll, als stille Zuhörerinnen den politischen Vereinsversammlungen beizuwohnen; der Minister fügte noch hinzu, daß die Vereine der verschiedenen politischen Richtungen gleich behandelt werden sollen, was zwar eigentlich selbstverständlich, aber bisher nicht gehandhabt wurde.

Der Holzarbeiter-Verband hielt am 4. Mai und folgende Tage in Mainz seinen regelmäßigen Verbandstag ab. Die Versammlung war mit 85 Delegierten besetzt. Aus dem sich über zwei Jahre ausdehnenden Geschäftsbericht entnehmen wir, daß in diesen zwei Jahren 68780 Mitglieder aufgenommen wurden, während die jetzige Mitgliederzahl nur 67341 (gegen 76384 im ersten Quartale 1900) beträgt. Damit befinden die Holzarbeiter das überaus geringe Verständnis, welches sie für die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation haben. Die Streitkosten betragen in 1900 und 1901 91727,92 Mk. Es fanden statt 72 Angriffs- und 119 Abwehrstreiks mit 16042 bzw. 3670 Beteiligten. Davon gingen 13 bzw. 56 verloren. Die Erfolge der Angriffsstreiks bedeuteten für 4392 (gegen 12986 in 1898/99) Arbeiter eine Verfüzung der Arbeitszeit um durchschnittlich vier Wochenstunden und für 14625 (13204) Arbeiter eine Lohnerhöhung von im Durchschnitt mehr als 10 Proz. Außerdem wurden Forderungen verschiedenster Art durchgeführt. Durch die Abwehrstreiks wurde die Lohnreduktion in 34 Fällen gänzlich abgewehrt, in 13 Fällen gemildert, in 4 Fällen eine Verlängerung der Arbeitszeit abgewehrt, in 4 Fällen eine Verringerung der Arbeitsordnung durchgesetzt usw. — Ueber den Geschäftsbericht entspann sich eine recht ausgedehnte Debatte, bei der es sich im wesentlichen um eine bessere Reglementierung der Lohnbewegungen handelte. Man hatte dabei mancherlei auszusagen, konnte jedoch nicht in Abrede stellen, daß eine strengere Beachtung der Lohnbewegungen seitens der zuständigen Instanzen durchaus notwendig ist. Auch das Kapitel „die Presse“ führte zu einer langen Debatte. Besonders war es der bekannte Artikel der Holzarbeiter-Zeitung über den Glas-

arbeiterstreik, welcher Stoff zu Angriffen gab. Der Redakteur blieb die Antwort nicht schuldig und dessen Ausführungen konnten nicht entkräftet werden. Die Auflage der genannten Zeitung beträgt zurzeit 71500 Exemplare. Wir behalten uns vor, auf die weiter gefassten Beschüsse noch zurückzukommen.

Die Feingoldschläger in Nürnberg und Schwabach haben, durch die zahlreichen Streiks in den letzten Jahren klug gemacht, befanntlich vor kurzer Zeit mit ihren Arbeitern eine Tarifgemeinschaft vereinbart, der in Nürnberg nur zwei, in Schwabach eine Firma nicht angehören, weil diese ihre Geschäfte länger als ein Jahr geschlossen hielten und demnach als „neue Betriebe“ gelten, die nach einer Bestimmung der Abmachungen während des ersten Jahres der Vertragsdauer nicht aufgenommen werden sollen. Ein Schwabacher Unternehmer hat nun gegen die Tarifgemeinschaft Klage erhoben, da nach den Bestimmungen organisierte Arbeiter nur bei den Mitgliedern der Tarifgemeinschaft in Arbeit treten dürfen. Es werden von dem Kläger nicht weniger als 10000 Mk. Schadenersatz verlangt! Aus den uns zu Gebote stehenden Mitteilungen ist nicht zu ersehen, ob der Mann als „Tarifverächter“ geklagt hat, in welchem Falle der Versuch, ohne Mühe und Arbeit zu einem kleinen Vermögen zu gelangen, nicht ohne Bedeutung für die betr. Organisationen wäre, oder ob er nur gegen seine Nichtaufnahme in die Gemeinschaft Front macht. Dieser Passus der Vereinbarung könnte ja kritisch sein. „Bernehmungen“ sind gerichtlich im Gange, wir werden demnach wohl bald näheres erfahren. Heutzutage ist ja schließlich alles möglich, aber daß man etwa von Rechts wegen gegen Organisationen einschritte, die lediglich im Interesse des Gewerbes Unternehmern und Arbeitern gleichzeitig zu dienen bestimmt sind, das ginge doch wohl über das Maß des Denkbaren hinaus.

In den Staatsverwaltungen zu Spandau sind weitere Entlassungen von Arbeitern erfolgt und weitere stehen dem Bernehmen nach bevor.

Die Mechanische Sägerei und Galanteriewarenfabrik Anshüt & Co. in Göppingen (S.-W.) kündigte den dem Buchbinderverbände angehörenden Galanteriearbeitern.

In Fürtich beschloß das Gemeindefolgeamt, daß sämtliche Detailgeschäfte des Sonntags nachmittags 2 Uhr (statt 3 1/2 Uhr) zu schließen haben. Der Beschluß wurde nur mit 18 gegen 14 Stimmen gefaßt.

Die Notare in Preußen sind mittelbare Staatsbeamte. Sie werden vom Staate ange stellt und kontrolliert, erhalten aber kein festes Einkommen und keine Pension. Ihr Einkommen setzt sich zusammen aus den Gebühren für die von ihnen aufgenommenen Geschäfte, deren Höhe ein Kostengericht bestimmt. In der letzten Nummer der Deutschen Juristen-Zeitung werden die Ergebnisse einer amtlichen Statistik über die Einkommen der preussischen Notare veröffentlicht. Danach gab es in Preußen im letzten Jahre 1697 Notare. 594 von diesen verdienten unter 3000 Mk., 991 unter 5000 Mk., 86 mehr als 20000 Mk., 12 mehr als 40000 Mk. und einer 105000 Mk. im Jahre.

Ein Fassbinder-geselle in Pöln, welcher die Streikbrecheri gewerksmäßig betrieb, schloß sich durch eine Notiz in der Deutschen Wälder-Zeitung, in welcher die Ausbrüche „Streikbrecher“ und „Runde“ vorkamen, selbstig und erhob Klage, der sich denn auch die Staatsanwaltschaft „im öffentlichen Interesse“ annahm, denn Streikbrecher gelten heutzutage als gar gewichtige Persönlichkeiten. Das Urteil lautete auf einen Monat Gefängnis für den Redakteur und 150 Mk. Geldstrafe für den Verfasser des Artikels. Das wird nun den betr. Fassbinder ermutigen, sein „Gewerbe“ unter dem Schutze der staatlichen Gewalt weiter fortzuführen.

Ausstände. In Bayreuth streikten die Bau-, Erd- und Ziegelarbeiter. In Frankfurt a. M. bei der Firma Frankfurter Möbelindustrie die Tapezierer wegen Maßregelung eines Kollegen, verbunden mit sonstigen Drangsalierungen. In Frankfurt a. M. beschloßen die Barbier- und Friseurgehilfen den Ausstand. In der Bill-Brauerei in Hamburg streikten 77 Arbeiter der verschiedenen Branchen wegen Lohnminderungen, die inzwischen beigelegt sind. In Hildesheim die Dachdecker. Die Lohnbewegung der Schuhmacher in Kiel ist beendet. Ein Arbeitsvertrag mit zweijähriger Gültigkeit erhob den Mindestlohn von 17 auf 20 Mk., gewährt auf Accordlöhne einen Zuschlag von 10 bis 15 Proz. und setzt die Arbeitszeit bis zum 1. April 1903 auf 10, von da ab auf 9 1/2 Stunden fest. Neuerliche Einigungsversuche der Bauhandwerker in Kiel wurden von der Innung Bauhütte abgelehnt. In Stuttgart haben sich die Maurer mit den Unternehmern ohne Streit geeinigt. Die Forderungen entsprechen freilich den Forderungen nur in geringem Maße und werden deshalb von einer starken Minderheit bekämpft. Die Maurer in Wannsee bei Berlin haben nach einträglichem Streik den Neunfundentag und eine Lohnerhöhung erzielt. Im Waldenburger Reviere wurde 200 Bergleuten gekündigt, weil sie sich weigerten, die bisherige

Zechn- in eine Zwölfstundenschicht zu verlängern. Der Schuhmacher-Ausstand bei Lüder & Co. in Würzen wurde nach fünfwöchiger Dauer bedingungslos aufgegeben. 36 der Ausständigen sind noch zu unterstützen. — In Kopenhagen (s. vorige Nummer) hat ein Teil der Fabrikarbeiter die Arbeit ebenfalls wieder aufgenommen, sofern in den betr. Betrieben das Koalitionsrecht anerkannt wurde. In Groningen (Holland) streiken 300 Zimmerer, Lohnerhöhung fordernd. Im Haag 140 Maurer und Bauarbeiter, Lohnerhöhung und zehnstündige Arbeitszeit verlangend.

Eingänge.

Die Notiz, betr. die eingekündigten Probeblätter der Firma Julius Klinkhardt in Leipzig betr., ist beim Umbrechen der vorigen Nummer irrtümlich in den übrigen Text der Rundschau geraten.

Neue Zeit, Wochenchrift der deutschen Sozialdemokratie (Stuttgart, Dieß Verlag, vierteljährlich 3,25 Mk., durch alle Buchhandlungen, Postanstalten (Nr. 5389) und Kolporteurs zu beziehen), Heft 29 bis 31. Derselben enthalten u. a. mehrere Artikel über Belgien, eine Artikelserie „Krisentheorien“ von Karl Kauchy, über die Aufgaben unserer Presse von Julius Borchardt, Rentabilität im Ruhrbergbau von Wilhelm Düwel, die Streiks in Italien 1900/01 von H. Schabi, Sozialpolitische Umschau von Em. Wurm, Liter. Rundschau, Notizen, Feuilleton.

Gleichheit, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Dieß Verlag, erscheint vierzehntägig, vierteljährlich 55 Pf. durch die Post (Nr. 3051) bezogen), Jahrg. 12, Heft 9 und 10.

Die Moderne Kunst (Verlag von Rich. Bong) bringt in Heft 17 einen reich illustrierten Artikel über den Wiener Hofhauskeller, den laufenden Roman Siebenhörn von Wolters, eine Humoreske von Ernst Braunewetter und eine Fülle von kleineren Beiträgen nebst zahlreichen Portraits und sonstigen Illustrationen. Die prachtvollen Holzschnitte und eine Kunstbeilage in Buntdruck wiegen allein den Preis von 60 Pf. pro Heft auf.

Die illustrierte Zeitschrift für Alle Welt (Deutsches Verlagshaus Bong & Co.) bringt in Heft 19 u. a. in Wort und Bild eine eingehende Beschreibung der größten Taubenzüchterei der Welt in Los Angeles in Kalifornien, ferner einen Artikel über die neuesten technischen Fortschritte in der Schokoladen- und Konfitüren-Fabrikation, ferner Mitteilungen über eine moderne Schmiehe ohne Rauch und sonstiges aus allen Gebieten des menschlichen Wissens, auch eine kurze Uebersicht bemerkenswerter zeitgenössischer Ereignisse. Zwei laufende Romane bieten Unterhaltung und neben den zahlreichen Illustrationen bildet eine wohlgeordnete farbige Kunstbeilage eine besondere Zierde der Nummer.

Von der Illustrierten Welt (Deutsche Verlagsanstalt in Stuttgart, jährlich 28 Hefte zu je 30 Pf.) liegt das 18. und 19. Heft vor. Die darin enthaltenen Romane und Erzählungen, mehrere belehrende Artikel und kleinere Notizen dürften neben den zahlreichen Illustrationen jeden Geschmack befriedigen.

Briefkasten.

F. M. in Berlin: Läßt sich nur in Form eines Vortrages beantworten, auf keinen Fall in einem Briefe. Sie wollen ja gleich die ganze soziale Frage gelöst sehen — und da ist es eben mit ein paar Zeilen nicht getan. — Nach Kassel: Fragliche Einseitigkeit hätte nur im Inzeratenteile Aufnahme finden können. Bedauern, aus Konsequenz ablehnen zu müssen. Gruß! — E. N. in Frankfurt a. M.: Wie vorbedeutet. — H. S.: Dafür bestehen allgemeine gesetzliche Bestimmungen nicht. Wird lediglich von einzelnen Kommunen gehandhabt, ob in A., wissen wir nicht. — Sch. in Chicago: Am 10. Mai einen Dollar für Abonnement erhalten. Gruß! — P. B. in Jherlohn: Dauert die Ausgabensfondition über vier Wochen, so tritt Kündigung ein, sagt der Tarif und danach haben Sie in Ihrem Arbeitsverhältnisse zu handeln. — D. M. in Bromberg: 4,25 Mk.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung.

Da an einzelnen Orten oder in einzelnen Druckereien infolge der Einführung des neuen Tarifes Differenzen entstanden, machen wir darauf aufmerksam, daß bei Konditionsannahme in allen Fällen vorher Erkundigungen bei den zuständigen Verbandsfunktionären einzuziehen sind.

Der Verbandsvorstand.

Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer. Die Vertrauensleute werden ersucht, die Stimmzettel zur Wahl der Delegierten zur Generalversammlung spätestens bis Freitag den 16. Mai, abends 8 Uhr, im Restaurant Henning, Schindelstraße 11, ab-

